

Kriegshandlungen einstellen!

- Bomben auf Afghanistan lösen nicht das Terrorismusproblem

Die USA haben den Krieg gegen Afghanistan begonnen. Wieder sterben Menschen, wohl kaum nur "Terroristen" und wohl kaum die Verantwortlichen für die Anschläge in Amerika! Wie in Jugoslawien werden wieder zuerst Zivilisten zu den Opfern zählen.

Vor einem Monat waren die ersten Reaktionen auf die Terroranschläge in Amerika Fassungslosigkeit über das Verbrechen, Mitgefühl für die Menschen in New York und Washington und Trauer über die Toten. Es gab eine weltweite Anteilnahme. Mit dem Aufkommen einer Welle des Nationalismus in Amerika und den Schreien nach Rache und harter Vergeltung wurde die Verbundenheit mit den USA nicht größer. Eine neue Sorge entstand: die Angst vor dem Krieg. Zu Recht, denn allen Beteuerungen der Nato zum Trotz, man werde Besonnenheit an den Tag legen, ist nun die Spirale der Gewalt weitergedreht worden.

Die Befehlsgeber für die Anschläge sind bis heute nicht nachweislich bekannt. Trotzdem wurde gegen Afghanistan ein riesiges Militäraufgebot in Stellung gebracht. Mit der Ausrufung des Nato-Bündnisfalles hat Amerika seine Partner auf einen Militäreinsatz in dieser Region eingeschworen. Hier liegt ein schwerwiegender Rechtsbruch vor, denn die Voraussetzung für den Bündnisfall ist nicht gegeben. Die Feststellung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des Nato-Vertrages kann nur dann erfolgen, wenn ein bewaffneter Angriff eines Staates gegen ein Nato-Land vorliegt. Als Angriff kann nicht allein die Duldung von Terroristen in einem Land angesehen werden, es mußte eine direkte Unterstützung durch den Staat belegbar sein!

Für Terrorismusbekämpfung sind andere Mittel nach der UN-Charta möglich, die aber alle unterhalb der Kriegsschwelle liegen. Für diese Maßnahmen ist die Zustimmung des Sicherheitsrates notwendig. Entgegen einer vielfach verfälschenden Berichterstattung hat der Sicherheitsrat in den vergangenen Tagen zwar eine Bedrohung des Friedens festgestellt, nicht aber den Angriff auf einen bestimmten Staat gebilligt!

Ungeachtet dieser völkerrechtlich eindeutigen Situation und entgegen allen Beteuerungen der Besonnenheit sind die USA und andere Nato-Länder nun zu Militärschlägen übergegangen. Beweise dafür, wer eigentlich der Verantwortliche für die Anschläge ist, sind offenbar so dürftig, dass sie weder einem Gericht noch der Öffentlichkeit vorgelegt werden kön-

nen. Auch die noch so oft wiederholte Nennung des Namens von Bin Laden schafft noch keine Tatsachen.

Nun steht die Frage im Raum, ob auch deutsche Soldaten gegen Afghanistan eingesetzt werden. Über einen Einsatz der Bundeswehr muss der Bundestag entscheiden. Auffällig war bisher die Mißachtung der parlamentarischen Befugnisse durch Schröder und Scharping. Der Kanzler hat wiederholt in der Öffentlichkeit und gegenüber der Nato die Zusage einer deutschen militärischen Beteiligung gegeben, ohne dass das Parlament einbezogen wurde. Vom Verteidigungsministerium hört man darüber hinaus Überlegungen, wie die Bundeswehr vielleicht kurzfristig, vielleicht nur in besonderen Fällen, auch ohne Zustimmung des Bundestages zum Einsatz kommen könnte. Die Entscheidung über Krieg und Frieden gehört zu den wichtigsten Funktionen des Parlamentes. Wir appellieren an die Abgeordneten, dieses Land nicht in einen völkerrechtswidrigen Krieg zu führen, der wie jeder Krieg unschuldige Opfer fordert und neue Gewalt hervorbringen wird!

Die Beseitigung des Terrors ist eine weltweite Aufgabe. Sie kann weder militärisch gelöst werden, noch durch die Einrichtung von Überwachungsstaaten. Die Beseitigung des Terrors kann nur mit der Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten zwischen den Ländern dieser Erde erreicht werden. Solange das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 70 mal mehr verdient als das ärmste Fünftel, und solange diese Schere wie in den letzten Jahren immer weiter auseinander geht, wird es Ausbrüche von Gewalt geben.

Hier muß man ansetzen und nicht mit dem In-Gangsetzen einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt, Terror und Vergeltung. Diese Spirale ist es, die uns über alle Grenzen hinweg tatsächlich bedroht!

Kriegshandlungen stoppen

Keine deutsche Militärbeteiligung

DFG-VK Witten im Internet:
www.oforum.de/dfgvk



DFG-VK

Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Gruppe Witten